Morgen-Ausgabe

225 Jahre

Nummer 99 a

Einzelpreis 10 Pfennig.

Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1703 für Anhalt und Thüringen 1928

Bezugspreis: monatlich 2 G.-M., bei 2maliger Zustellung 2.50 G.-M., ausschließlich Bestellungsgebühr. — Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten, Briefträger und unsere Austrägerinnen entgegen. — Höhere Gewalt entbindet den Verlag von Schadensersatz. Zeitungsabbestellungen werden nur bis zum 25. des Vormonats angenommen.

Halle-Saale

Anzeigenpreis: Die 10aespaltene 26 mm breite Millimeterzeile 15 Pfg. Kleine Anzeigen 8 Pfg. Familien-Anzeigen 6 Pfg. Stellengesuche 6 Pfg. Die 6espaltene 90 mm breite Reklame-Millimeterzeile 70 Pfg. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort für alle Sachen Halle (Saale). Für Platzvorschriften und telephonisch übermittelte Inserate übernehmen wir keine Garantie.

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. — Fernruf Zentrale 27 801, abends von 6 Uhr an Redaktion 25609 u. 25610. — Postscheckkonto Leipzig 20512

Freitag, 27. April 1928

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30 Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290
Eigene Berliner Schriftleitung — Verlag u. Druck von Otto Thiele, Halle-Saale

Die deutschen Piloten gestartet

Die „Bremen" zurückgelassen

Weil das Eis zu brüchig ist — Auch noch Motorschaden festgestellt —

(Durch Funkspruch.)

Newyork, 26. April.

Nach einer Meldung des Funkers von Point Armour hat das Ford-Flugzeug, das vor einigen Tagen auf Greenly Island gelandet war, heute die Insel mit den drei Ozeanfliegern, Dr. Cusinier und dem Korrespondenten Murphy an Bord wieder verlassen und ist nach der Murray Bay geflogen, wo eine Zwischenlandung vorgenommen werden soll. Der Start erfolgte um 13.50 Uhr (M. E. Z.). Das Flugzeug, das von dem Piloten Balchen gesteuert wird, hat um 16 Uhr (M. E. Z.) Natashquan überflogen. Um 19.10 Uhr (M. E. Z.) wurde die Maschine über Clark City gesichtet.

Telegramm an Walker:

Heute in Mitchellfield, wenn Wetter gut.

(Durch Funkspruch.)

Quebec, 26. April.

Nachdem heute nachmittag das Ford-Flugzeug mit den Ozeanfliegern an Bord über mehreren Orten der kanadischen Provinz Quebec gesichtet worden ist, wurde es gegen 21 Uhr (M. E. Z.) über der Murray Bay auf dem Fluge nach Newyork gesichtet.

Die Flieger haben dem Newyorker Bürgermeister gebrahet, daß sie morgen nachmittag auf Mitchellfeld einzutreffen gedenken, falls das Wetter gut ist.

*

Newyork, 26. April.

Die Landungsplätze von Murray Bay und Lake St. Agnes sind durch Schneepflüge nach dem Bekanntwerden des Startes der Ozeanflieger sofort in Ordnung gebracht worden. Trotz der Schnee- und Regenstürme, die über die Murray Bay seit Stunden niedergehen, ist alles für die Zwischenlandung des Flugzeuges auf der Eisdecke der Murray Bay vorbereitet. Die Landung muß sehr vorsichtig vorgenommen werden, da das Flugzeug 6000 Pfund wiegt und die Eisdecke nicht sehr stark ist. Wie hier bekannt wird, war der Abflug des Ford-Flugzeuges dringend notwendig, da sich die Eisverhältnisse im amerikanischen Norden sehr verschlechtert haben. Deshalb soll auch die „Bremen" auf dem schnellsten Wege, verschifft, von Greenly Island weggebracht werden. Hier bezweifelt man übrigens sehr stark, daß die Ozeanflieger mit dem Ford-Flugzeug nach Newyork kommen werden. In Curtis Field bringt der Junkerspilot Melchior zurzeit seine F 13 in Ordnung, um mit ihr zum Flug nach Kanada zu starten und die Flieger abzuholen. Der Propeller dieser Maschine ist bekanntlich nach Greenly Island gebracht worden, um bei der „Bremen" eingesetzt zu werden. Für Melchiors Flugzeug ist heute ein neuer Propeller fertiggestellt worden, so daß seinem Abfluge nichts mehr im Wege steht.

Es scheint, daß beim Entschlusse der Ozeanflieger, die „Bremen" auf Greenly Island zurückzulassen, die Tatsache maßgebend war, daß das Flugzeug auch einen Motorschaden erlitten hat. Außerdem steht zweifellos fest, daß das Eis in der vorgeschrittenen Jahreszeit so brüchig geworden ist, daß der Start mit großen Gefahren verbunden wäre.

Man ist hier der Ansicht, daß Köhl, Fitzmaurice und v. Hünefeld am Sonnabend bei der Beisetzung des gestern in Quebec an den Folgen seiner Lungenentzündung verstorbenen Nordpolfliegers Bennett unbedingt anwesend sein wollen. Das Leichenbegängnis wird in der feierlichsten Weise begangen werden. Die Leiche dürfte aus Quebec im Laufe des morgigen Tages in Newyork eintreffen. Eine militärische Ehrenesskorte wird den Sarg vom Grand Central-Bahnhof zum Pennsylvania-Bahnhof begleiten, von wo aus die Ueberführung nach dem amerikanischen Militär- und Ehrenfriedhof Arlington bei Washington erfolgt.

Infolge der Trauer für Bennett beginnen die Empfangsfeierlichkeiten für die Ozeanflieger

erst am Montag oder Dienstag.

Das ändert natürlich nichts an dem großen Empfang auf Mitchellfield beim Eintreffen der Ozeanflieger, da die Ankunftsfeierlichkeiten nicht als offizielle Newyorker Festlichkeiten betrachtet werden. Der Andrang zu dem Empfang in Newyork wird immer größer. Es werden bereits phantastische Preise für Fensterplätze an der Fifth Avenue bezahlt. Die ganze Stadt prangt im Flaggenschmuck. Es sind außer der Fifth Avenue auch verschiedene andere Hauptstraßen Newyorks mit deutschen, irischen, amerikanischen und Newyorker Flaggen geschmückt. Für das große Festbankett der Stadt Newyork sind bereits zahllose Einladungen verschickt. Die Deutsch-Amerikaner planen eine große Veranstaltung in der Metropolitan Opera.

Frau Köhl und Frau Fitzmaurice werden an Bord der „Dresden" voraussichtlich am Sonntag in Newyork eintreffen, so daß sie imstande sein werden, an den Empfangsfeierlichkeiten teilzunehmen. In Murray Bay befindet sich eine große Anzahl von Pressevertretern, die auf die Ankunft der deutschen Flieger wartet.

Bennetts Laufbahn

Lloyd Bennett war trotz seiner Jugend — er war erst 28 Jahre alt — einer der bekanntesten und besten Flieger Amerikas. Er hatte sich schon früh dem Pilotenberuf gewidmet und galt bald als einer der verwegensten, aber auch tüchtigsten Flugzeugführer in den Vereinigten Staaten. Als Byrd am 9. Mai 1926 überraschenderweise den Nordpol überquerte und dort die amerikanische Flagge abwarf, war auf dem gefährlichen Flug Lloyd Bennett sein Begleiter. Als sie dann nach Amerika zurückkehrten, wurden ihnen dort begeisterte Empfangsfeierlichkeiten zuteil. Präsident Coolidge empfing die beiden Flieger und überreichte ihnen eine der höchsten Auszeichnungen.

Das Glückwunschtelegramm in der Sterbestunde

Der Tod des Ozeanfliegers Lloyd Bennett ist gestern nachmittag um 5 Uhr mitteleuropäischer Zeit eingetreten. Vorher war der Kranke noch von Lindbergh, Byrd und Chamberlin besucht worden. Frau Bennett, die auf die Nachricht von der Erkrankung ihres Mannes nach Quebec geeilt war, ist selbst auch erkrankt und hat in dem Krankenhaus Aufnahme gefunden, wo ihr Mann gestorben ist. In der Sterbestunde des Nordpolfliegers war im Krankenhaus ein von Köhl, Fitzmaurice und v. Hünefeld unterzeichnetes Telegramm eingetroffen, das folgenden Wortlaut hat:

„Tief erschüttert über Ihre Krankheit bedauern wir aufrichtig, daß Sie sich das Leiden zugezogen haben, während Sie daran arbeiteten, uns Hilfe zu bringen. Wir stehen in aller Achtung vor Ihrer edlen Tat und hoffen, Sie auf dem Wege der Wiedergenesung zu finden, wenn wir Sie morgen in Quebec besuchen."

Beileid des deutschen Botschafters

Der deutsche Botschafter v. Prittwitz und Gaffron hat an die Witwe Bennetts folgendes Telegramm gesandt:

„Ich bin tief erschüttert von der mir soeben zugegangenen Trauernachricht. Ich bitte Sie, den Ausdruck meines aufrichtigen Mitleids an dem unschätzbaren Verlust entgegenzunehmen, den Sie erlitten haben. Die edle Tat, bei der Ihr heldenmütiger Gatte sein Leben opferte, um Kameraden, die einer anderen Nation angehören, Beistand zu leisten, wird im Andenken des deutschen Volkes als ein hervorragendes Beispiel von Ritterlichkeit und Selbstaufopferung fortleben."

Entscheidung im oberschlesischen Schulstreit

Ein umfangreiches Urteil des ständigen internationalen Gerichtshofes

(Telegraphische Meldung.)

Haag, 26. April.

Der ständige internationale Gerichtshof hat heute in einem umfangreichen Urteil seine Entscheidung im oberschlesischen Schulstreit gefällt. In der juristischen Konstruktion weicht der Gerichtshof in einigen Punkten, insbesondere insofern von dem deutschen Klageantrag ab, als er die Erklärung der Erziehungsberechtigten gemäß Artikel 131 der Genfer Konvention als Erklärung über die sprachliche Zugehörigkeit des Kindes auffaßt. In der praktisch wichtigen Frage, die zur Entscheidung des Prozesses Anlaß gab, bestätigt der Gerichtshof aber in vollem Umfange die erstinstanzliche Entscheidung des Präsidenten Calonder.

Weder dürfen Erklärungen über die Zugehörigkeit zur Minderheit nachgeprüft werden, noch dürfen für die zu den deutschen Schulen angemeldeten Kinder irgendwie und von irgend welchen Behörden Sprachprüfungen vorgenommen werden. Damit wird die polnische These, daß sogenannte falsche Erklärungen über die Sprache eines Kindes von den Behörden wegen Rechtsmißbrauchs nicht anerkannt werden müssen, zurückgewiesen und die Vertragswidrigkeit der von den polnischen Behörden in den Jahren 1926/27 durchgeführten allgemeinen Vernehmungen über die Sprache der Kinder und der Erziehungsberechtigten festgestellt. Auch werden sich nach diesem Urteil die zeitweilig vom Völkerbundsrat angeordneten Sprachprüfungen der für die deutschen Minderheitsschulen angemeldeten Kinder nicht wiederholen.

Räumung des Zuhörerraumes im Rosenfelder Fememordprozeß

(Telegraphische Meldung.)

Stettin, 26. April.

In der gestrigen Nachmittagssitzung des Rosenfelder Fememordprozesses stellte Rechtsanwalt Graf v. d. Goltz unter Hinweis darauf, daß sich der polnische Konsul im Zuhörerraum befinde, den Antrag, wegen Gefährdung der Staatssicherheit die Oeffentlichkeit auszuschließen. Diesem Antrag gab das Gericht soweit nach, daß es den Zuhörerraum sofort räumen ließ. Nur Presse- und Behördenvertreter sind noch zum Prozeß zugelassen.

In der Zeugenvernehmung gab ein ehemaliger Unterführer Roßbachs, Leutnant Schulz an, daß dem Angeklagten Heines zuzutrauen sei, daß er über den Fall Schmidt nicht die Wahrheit gesagt hätte. Zu einem heftigen Zusammenstoß kam es zwischen Oberst Kaldrack und dem Zeugen von Bodungen, als dieser behauptete, auf dem Gerichtskorridor habe der Oberst zugegeben, die Roßbacher seien Reichswehrleute gewesen. Vor Gericht habe der Oberst dies nicht sagen wollen. Leutnant Schulz bestätigte diese Aussage des Zeugen von Bodungen. Oberst Kaldrack verwahrte sich sehr energisch gegen diese Behauptung. Er habe ganz das Gegenteil gesagt.

Oberleutnant a. D. Roßbach sagte noch aus, daß alle Standgerichtsurteile von ihm hätten bestätigt werden müssen. In Pommern sei aber ein solches Urteil nicht zustande gekommen.

Zu dem von General v. Pawelz erwähnten Operationsplan, der im Jahre 1920 in Roßbachs Quartier aufgefunden worden ist, erklärte Oberst Kaldrack, daß er diesen Plan wahrscheinlich aufgestellt habe. Der Plan sei aber nicht zu Putschzwecken aufgestellt worden.

Die Dawes-Revision unwahrscheinlich

(Von unserer Berliner Schriftleitung.)

ka. Berlin, 26. April.

Wie ein hiesiges Blatt aus Newyork erfährt, erklärte der frühere Chef des Rechnungswesens der Reparationskommission, Aulb, auf einer Außenhandelstagung in Houston (Texas), eine baldige Revision des Dawesplanes mit neuen Konzessionen an Deutschland sei unwahrscheinlich. Ebenso seien seiner Ansicht nach weitere Zugeständnisse an die Alliierten hinsichtlich der Kriegsschulden überflüssig.

General Wrangel vergiftet?

Beisetzung in der Nähe von Belgrad.

(Telegraphische Meldung.)

Brüssel, 26. April.

Es sind Gerüchte in Umlauf, die besagen, daß General Wrangel vergiftet worden ist. Diese Gerüchte entbehren einstweilen noch der Bestätigung. In Kreisen der Angehörigen des Generals ist man jedoch auch der Ansicht, daß er keines natürlichen Todes gestorben sein könnte. Es wird darauf hingewiesen, daß der General keinerlei Vorsichtsmaßnahmen gegen Attentate getroffen hat. Die Bestattung General Wrangels wird in der Nähe von Belgrad erfolgen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192804271-12/fragment/page=0001

Vertagung im Magdeburger Richter-Prozeß

Auf unbestimmte Zeit — Anordnung neuer Ermittlungen

(Telegraphische Meldung.)

Berlin, 26. April.

Der große Disziplinarsenat hat heute beschlossen, die Berufungsverhandlung gegen die Magdeburger Richter auf unbestimmte Zeit zu vertagen und erneute Ermittlungen anzuordnen.

Im weiteren Verlauf der heutigen Verhandlung wandte sich der Angeschuldigte Hoffmann gegen die Bemerkung des Generalstaatsanwalts, er werde sich an den Gedanken gewöhnen müssen, daß Schröder der Täter sei. Nie sei ihm in den Sinn gekommen, daß Schröder der Täter nicht sei. Es ergäben sich aber

starke Zweifel an der Richtigkeit des Schwurgerichtsurteils.

Der Generalstaatsanwalt erklärte darauf, es gehe nicht an, dem Antrag der Verteidigung des Angeschuldigten Hoffmann stattzugeben. Der Bericht bringe das Gericht in keiner Beziehung weiter.

Rechtsanwalt Schaper hielt es für unbedingt notwendig, diese Dinge im Interesse der Angeschuldigten zu erörtern. Sonst möge das Verfahren ausgehen, wie es wolle, es bleibe auf den Angeschuldigten lasten, daß sie als Formaljuristen einen Justizmord begehen wollten. Das formulierte und schlechtgemachte Geständnis Schröders vor den Kriminalbeamten sei nicht richtig. Der Mord könne sich nicht so abgespielt haben. Schröder sei der Täter. Aber die Tat sei nicht so geschehen, wie sie in dem Urteil dargestellt werde. Der Generalstaatsanwalt beantragte darauf nochmals den Antrag der Verteidigung wegen Unerheblichkeit abzulehnen. Rechtsanwalt Görres schloß sich dem Antrag auf Verlesung des Gerichts an. Darauf zog sich der Senat zur Beratung zurück und verkündete nach anderthalbstündiger Sitzung die oben gemeldete Entscheidung.

Präsident Tigges erklärte noch, daß mit der Verlesung des Berichts des Gnadenbeauftragten die Angelegenheit nicht wesentlich gefördert werden könne, da es sich dabei nur um die Meinung eines Richters handele, dessen Stellungnahme für den großen Disziplinarsenat

nicht von maßgebender Bedeutung sein könne.

Der Antrag der Verteidigung berühre aber einen Punkt, der im Kern der ganzen Angelegenheit zur Erörterung stehe. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen wies er dann darauf hin, daß den Angeschuldigten vorgeworfen worden sei, aus einem gewissen Eigensinn heraus die Mitwirkung der von Berlin entsandten Kommissare abgelehnt und aus Starrsinn heraus jemanden, der unschuldig sei, lange Zeit in Untersuchungshaft gehalten zu haben. Gegen diesen Vorwurf hätten sie sich immer, so auch heute, gewehrt. Die Grundlagen, ob und in welchem Umfange eine Anschuldigung in diesem Punkte möglich sein könne, seien bisher nicht genügend geklärt. Namentlich bezüglich des Strafmaßes könne man nur zu einem wirklich gerechten Urteil kommen, wenn in einem neuen Verfahren selbständig und gründlich diese Dinge erörtert worden sind, die in der Voruntersuchung nicht zur Sprache kamen. Noch ein zweiter Gesichtspunkt zwinge zur Ausdehnung des Verfahrens.

Es seien schwere Beschuldigungen gegen Verwaltungsbehörden erhoben worden und die Beteiligten hätten sich zu diesem Punkt in der Voruntersuchung noch nicht äußern können. Auch das müsse nachgeholt werden, wenn man zu einer gerechten Entscheidung kommen wolle. Deshalb sei es nötig gewesen,

die Entscheidung weiter hinauszuschieben

und mit den weiteren Ermittlungen Kammergerichtsrat Keil zu beauftragen. Der große Disziplinarsenat habe sich nicht dazu entschließen können, ein Amtieren Hoffmanns in Magdeburg jetzt nach der Vertagung für möglich zu halten, namentlich auch mit Rücksicht darauf, weil Kölling im Magdeburg Richter sei und weil ein Zusammenarbeiten dieser beiden Herren nach dem, was in der Oeffentlichkeit bekannt geworden sei, und was man hier gesehen habe, mit dem Ansehen, das Richter zu ihrer gedeihlichen Amtsführung nötig haben, nicht vereinbar sei. Deshalb habe der große Senat beschlossen, die Amtsenthebung Hoffmanns fortbestehen zu lassen. Der Präsident schloß darauf die Sitzung.

Der Verteidiger der deutschen Ingenieure in Rußland

Rechtsanwalt Munte (Braunschweig), der die Verteidigung der in Rußland verhafteten deutschen Ingenieure übernommen hat. Der Prozeß vor dem russischen Staatsgerichtshof in Moskau wird demnächst stattfinden.

Die Sozialdemokraten als Schutzengel der Tschechen

(Von unserer Berliner Schriftleitung.)

ka. Berlin, 26. April.

Man kann es im nationaldeutschen Interesse nur durchaus begrüßen, daß sich die Sozialdemokraten gerade jetzt, während des Wahlkampfes, eine Maske nach der anderen herunterreißen. Nachdem sie erst jetzt durch ihren Feldzug gegen die Berliner Kirchhöfe ihr wahres Gesicht gezeigt haben, beweisen sie nunmehr, daß sie sofort aufgegebenenfalls die „Interessen" von Ausländern „bedroht" erscheinen. So trugen sie denn dazu bei, daß im Berliner Stadtverordnetenausschuß der Antrag einer bürgerlichen Partei, das neugeschaffene Beethoven-Stipendium der Stadt Berlin in Höhe von 10 000 Mark jährlich nur an Deutsche oder Deutsch-Oesterreicher zu vergeben sei, abgelehnt wurde. Infolgedessen können mit dem Beethoven-Stipendium auch ausländische Musikstudenten der staatlichen Hochschule für Musik oder der Orchesterschulen bedacht werden. Um nun den Geist, der diese Beschlüsse lenkte, nach obendrein richtig zu kennzeichnen, pflichtete ein sozialdemokratischer Redner im Ausschuß der Streichung der Berliner Ansässigkeit mit den Worten bei: „Die Musik ist doch international, und die Tschechen sind besonders musikalisch."

General Nobile bei Hindenburg

(Telegraphische Meldung.)

Berlin, 26. April.

Amtlich wird mitgeteilt: Reichspräsident von Hindenburg empfing heute den Führer des italienischen Polar-Luftschiffes, General Nobile. Im Laufe der längeren Unterhaltung sprach General Nobile dem Herrn Reichspräsidenten seinen Dank für die Unterstützung und den Empfang aus, den er und sein Luftschiff in Deutschland gefunden haben. Der Herr Reichspräsident beglückwünschte General Nobile zu seinen bisherigen großen Erfolgen und gab in herzlichen Worten der zuversichtlichen Erwartung Ausdruck, daß auch sein Nordpolflug von Gelingen und Erfolg gekrönt sein werde.

Dem Empfang wohnten der königlich italienische Botschafter Conte Aldrovand Marescotti sowie Staatssekretär Dr. Meißner bei.

Zusammengebrochene Verleumdungen der Linkspresse

(Von unserer Berliner Schriftleitung.)

ka. Berlin, 26. April.

Wir haben bereits vor einiger Zeit jene verläumderischen tendenziösen Veröffentlichungen einiger Berliner Linksblätter gekennzeichnet, die berechtigt zu sein glaubten, über Preiskonventionen zwischen dem Reichswehrministerium und einer Reihe von Waffenlieferanten berichten zu können. Das damals sofort erwartete Dementi hat allerdings lange auf sich warten lassen, indem erst jetzt von zuständiger Stelle die an sich ja von vorne herein selbstverständliche Erklärung abgegeben wird, daß die betreffenden Behauptungen der Linksblätter jeder Grundlage entbehren, und daß zwischen dem Reichswehrministerium und dem Reichsverband der deutschen Industrie keinerlei Vereinbarungen über Preisbildungen für die Lieferung von Heeresgerät gemacht worden sind. Bekanntlich ist jetzt auch bereits vom Reichsverband der Deutschen Industrie eine entsprechende Erklärung abgegeben worden, der die beteiligten Ministerien (Reichswehrministerium und Reichsfinanzministerium) nichts hinzuzufügen haben. Widerlegt werden hiermit auch die ebenfalls verläumderischen Behauptungen über eine angebliche besondere Steuerermäßigung für gewisse Firmen und eine hierauf angeblich gerichtete Anweisung des Reichsfinanzministeriums. Alle diese Entstellungen der Wahrheit fallen in den Rahmen der üblichen Wahlmache, wobei bekanntlich die Linksparteien selbst vor dem größten Schwindel nicht zurückschrecken. Hinzuzufügen ist noch, daß nach unsern Informationen die zuständigen Persönlichkeiten zum Teil dienstlich verreist, zum Teil beurlaubt waren, so daß bis zu dem vorstehend erwähnten Dementi fast 4 Wochen verstreichen mußten.

Fürst Bismarck wird nach London versetzt

(Telegraphische Meldung.)

ka. Berlin, 26. April.

Nach hier vorliegenden Meldungen aus London ist Fürst Bismarck zum Nachfolger des nach Berlin versetzten Gesandtschaftsrates v. Plessen an der dortigen deutschen Botschaft ernannt worden. Nach Erkundigungen an hiesiger zuständiger Stelle, dürfte die Versetzung in allernächster Zeit tatsächlich erfolgen. Fürst Bismarck wird dann im Laufe des nächsten Monats nach London übersiedeln und seinen neuen Posten antreten. Die Londoner Presse begrüßt die Ernennung und beschreibt Fürst Bismarck und dessen junge Frau in sympathischster Weise.

Nationalsozialisten stören die Münchener Stresemann-Versammlung

(Telegraphische Meldung.)

München, 26. April.

Die heutige Stresemannversammlung im Münchener Bürgerbräukeller war schon zwei Stunden vor Beginn völlig überfüllt. Besonders stark hatten sich die Nationalsozialisten eingefunden, die immer wieder versuchten, die anderthalbstündige Rede des Reichsaußenministers durch Zwischenrufe und Pfeifen zu stören. Als Dr. Stresemann von der inneren Politik sprach, stimmten die Nationalsozialisten die ständigen Abfuhr das Deutschlandlied, das Hitterlied und die Wacht am Rhein an. Ihre Hochrufe auf Hitler wurden von den Stresemann-Anhängern mit Hochrufen auf den Minister erwidert. Frühzeitig schloß der Versammlungsvorsitzende die Versammlung, da, wie er betonte, es nicht möglich gewesen sei, in München dem Reichsaußenminister volles Gehör zu verschaffen.

Wie Berliner Blätter aus Rom melden, wurde am Mittwoch abend eine Abordnung von Kaufleuten, Industriellen, Landwirten und Arbeitern aus Südtirol, im ganzen 120 Personen, unter Führung des Präfekten Ricci und der Leiter der faschistischen Gewerkschaftsverbände von Mussolini empfangen. Ueber den Empfang ist bisher nichts näheres bekannt geworden.

Feuilleton

Halle, 27. April.

„König Porus"

Oper von Max Haas.

Uraufführung im Braunschweigischen Landestheater.

Braunschweig, 25. April.

Professor Hans Dütschke, der die Wiederbelebung des Händelschen Schaffens als Lebenswerk auswertete, ist vor kurzem gestorben. Seinen Zielen, deren Erreichung mit starken künstlerischen Mitteln eingeleitet wurde, ist eine begeisterte Gemeinde weitblickender Händelverehrer näher gekommen. Fördernd wurde die aus der modernen, zum Teil mechanisierten Opernproduktion spontan hervorgehende natürliche Reaktion. Als Hemmung trat die allen Theaterforderungen entgegengesetzte Opernform Händels in Erscheinung.

Das Grundelement ist die Musik. Berechnet für die eigene absolute Wirkung. Die Handlung hat lediglich textunterlegende Bedeutung, ist kompositorischen Impulsen nicht irgendwie homogen verbunden. Für die Bearbeiter erwuchs die entscheidende Aufgabe, die Ereignisse des Textbuches psychologische Werte gewinnen zu lassen. In der Oper „König Porus" ist der Versuch bis zu einem hohe Grade gelungen. Die Gestalten wurden aus dem unheilvollen Banne Arien singendem, historisch oder phantastisch kostümierter Wesen gelöst und eingereiht in die Kreise charakteristisch interessanter Eigenpersönlichkeiten. Handlung wurde geschaffen, aus inneren Motiven getrieben, zusteuernd auf die zielbewußte, werkerschöpfende Grundidee. Vorgänge erhielten Prägung, die sich mit der Form der musikalischen Diktion auf einen Hauptnenner bringen ließen. Händel erzielt mit den einfachsten Mitteln, sowohl in der Verwendung des strengen Satzes als Ausdruck einer in damaligen Formidealen gebundenen Kompositionstechnik als auch in der Anlage der thematisch klaren Partitur, tiefe Eindringlichkeit. Die Kraft des Einfalles beeinflußt die Führung der melodischen Linie bestimmend. Die Rhythmen entspringen genialisch ausgebildetem Variationssinn. Aus unerschöpflichem Reichtum stammen die Kapitalanlagen eines Heeres nachschaffender Meister. Enge offenbart sich im Spiel der Harmonien; die Kadenz mit dem Septimakkord und dem trillernden Leitton wiederholt sich zu systematisch.

Max Haas führte das Werk des Bearbeiters fort. Der Verlauf gab einem Oratorium mit bildhaft gefaßtem Hintergrund eine Oper zu machen, gelang. Die maßgebende Forderung, dem Werk geschlossenen einheitlichen Stil zu geben, wurde weitgehendst erfüllt. Barockformen wurden unmittelbar ausdrücklich. Hoppmanns Bühnenbilder waren klar in der großzügigen Führung der Linie. In der Komposition der Farben traf er ansprechende Tönungen. Leschetizky nahm sich der unkomplizierten Partitur mit Liebe an und erreichte starke Erfüllung seiner klassisch motivierten Auffassung. Die Darsteller bewegten sich innerhalb des vorgezeichneten Rahmens mit beachtlichem Stilempfinden. Das Werk fand lebhaft beifällige Aufnahme.

Wilhelm Raupp.

Aus der Bühnenwelt

— **Uraufführungen im Halleschen Stadttheater.** Die Leitung unseres Stadttheaters hat folgende Dramen zur Uraufführung angenommen: „Das Weib des Jephta", Schauspiel von Ernst Lissauer (Verlag Oesterheld & Co.) und „Der gelobte Tag", Schauspiel von Ronald Fangen (S. Fischer, Verlag). Selbstverständlich werden die beiden Uraufführungen erst in der kommenden Spielzeit stattfinden.

Die Zukunft des Rudolstädter Landestheaters. Der bezeitige Intendant des Rudolstädter Landestheaters, Erwin Hahn, wird im Sommer d. J. Rudolstadt verlassen, um sein neues Amt in Heidelberg anzutreten. Mit dem Weggange des bewährten Theatermannes ist die Frage einer Umgestaltung des bisherigen Theaterbetriebes in Rudolstadt wieder akut geworden. Dieser Tage weilte bereits Generalintendant Dr. Ulbrich vom Deutschen Nationaltheater Weimar in Rudolstadt, um mit maßgebenden Rudolstädter Persönlichkeiten in dieser Frage Rücksprache zu nehmen. Wie es heißt, will Rudolstadt energisch darauf bringen, daß ihm sein selbständiges Theater erhalten bleibt.

Theaterskandal in Osnabrück. Im Osnabrücker Stadttheater ist es anläßlich der Erstaufführung des Molnarschen Lustspiels „Spiel im Schloß" zu einem Theaterskandal gekommen. Bereits im ersten Akt gab ein großer Teil des Publikums seinem Mißfallen durch laute Entrüstungsrufe, Pfeifen und Sesselgepolter lebhaften Ausdruck, so daß die Aufführung wiederholt minutenlang unterbrochen wurde. Dieser Lärm wiederholte sich auch während des zweiten und letzten Aktes; wahrenddessen verließen die Theaterbesucher in Scharen das Theater. Das Stück ist nach einmaliger Aufführung vom Spielplan abgesetzt worden. Es soll erst einmal in einer geschlossenen Vorstellung vor den städtischen Kollegien vorgeführt werden.

Aus der Musikwelt

Furtwänglers Tätigkeit an der Wiener Oper. Soweit bis jetzt bindende Abmachungen bestehen, wird Furtwängler in der nächsten Spielzeit 2½ Monate lang an der Wiener Oper tätig sein, und zwar wird er zunächst die zweite Oktoberhälfte in Wien sein. Als erstes Werk, das er leiten soll, sind „Die Meistersinger von Nürnberg" in Aussicht genommen. Sodann wird der Künstler 14 Tage im November in Wien sein und in der Oper dirigieren. Wann er die restlichen 1½ Monate der nunmehr an Stelle der ursprünglich vorgesehenen zehn Abende in Aussicht genommenen 2½monatigen Wirksamkeit an der Wiener Oper absolvieren wird, ist noch unbestimmt.

Professor b'Arnals gründet eine Opernschule in Berlin. Prof. Alexander b'Arnals beabsichtigt demnächst in Berlin eine eigene Opernschule ins Leben zu rufen. Aus der in langer praktischer Regie-Arbeit heraus erlangten Erkenntnis oder der Notwendigkeit grundsätzlicher Umstellung in der Erziehung unseres Opernsänger-Nachwuchses, soll die rhythmisch-musikalische Ausbildung wesentliche Berücksichtigung erfahren. Gegenwärtig leitet Prof. b'Arnals die am Düsseldorfer Stadttheater neu eingerichteten rhythmisch-gymnastischen Kurse für Chorsänger.

Ein neuentdecktes Schubert-Porträt von Franz Kriehuber. Aus Wien wird berichtet: Ein Arbeiter der Wiener Druckerei Waldheim-Eberle entdeckte unter alten Lithographensteinen und Notenstichblättern durch Zufall einen Stein, dessen Vorderseite sorgfältig verklebt war. Als man das Deckpapier entfernte, fand sich darunter eine bisher unbekannte, prachtvolle Lithographie Franz Schuberts von der Meisterhand Franz Kriehubers, der bekanntlich zum engsten Freundeskreise Schuberts gehört hatte. Der Wiener Kunsthistoriker Dr. Alfred Aichinger erkannte den Wert der zufällig entdeckten alten Lithographenplatte. Die Wiener Fremdenverkehrskommission hat nach dieser neuentdeckten Originallithographie Kriehubers Plakate drucken lassen, die dazu bestimmt sind, im Auslande für die Schubert-Zentenarfeier in Oesterreich zu werben.

Amerikanische Professorengehälter. Für die Lehrkräfte an verschiedenen amerikanischen Universitäten sind die Gehälter mit dem 1. Juli wesentlich erhöht worden. So erhalten die ordentlichen Professoren an der Columbia-Universität nach der neuen Festsetzung ein Mindestgehalt von 7 500 Dollar jährlich, das dann mit den Jahren auf 9 000 Dollar, 10 000 Dollar und 12 000 Dollar steigt. Die außerordentlichen Professoren bekommen ein Gehalt von 5 000 bis 6 000 Dollar jährlich. Für Hilfsprofessoren wurden die Gehälter auf 4 000 Dollar erhöht.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192804271-12/fragment/page=0002

Halle und Umgebung

Halle, 27. April.

Ausbildung von Turn- und Sportlehrern

Ein neuer Kursus in Frankfurt a. M.

Mit dem Sommersemester beginnt am Institut für Leibesübungen der Universität Frankfurt ein neuer viersemestriger Lehrgang zur Ausbildung von Turn- und Sportlehrern. Die praktische und theoretische Ausbildung bezweckt die Vorbereitung auf die staatliche Turn- und Sportlehrerprüfung, die im philologischen Staatsexamens als Nebenfach angerechnet werden kann. An dem Lehrgang können teilnehmen männliche und weibliche Studierende der Frankfurter Universität, Philologen mit abgeschlossener Hochschulbildung (Studienräte, Assessoren, Referendare) sowie Lehrer und Junglehrer. Nebenher gehen je zweisemestrige Ausbildungslehrgänge für Schwimm- und Ruderlehrer. Auskunft durch das Institut für Leibesübungen, Kettenhofweg 130.

Ein neuer Wochenendzug nach dem Harz

Vom 15. Mai bis 29. September.

Zur Erleichterung des Wochenendverkehrs nach dem Harz wird vom 15. Mai bis 29. September an jedem Sonnabend der Personenzug 1026 von Leipzig bis Halberstadt wie folgt neu vorgesehen: Leipzig ab 16.50, Halle (Saale) 17.24—17.30, Frose 18.35—18.37, Wegeleben 19.02—19.10, Halberstadt an 19.20. In Frose ist Anschluß nach Ballenstedt, Gernrode und Suderode durch den Personenzug 680, der Sonnabends 18.37 von Frose abfährt. In Wegeleben ist Anschluß nach Thale durch den Personenzug 386, Wegeleben ab 19.49. In Halberstadt ist Anschluß nach Wernigerode, Ilsenburg, Bad Harzburg und Goslar durch den Personenzug 958, Halberstadt ab 19.32, Wernigerode an 20.18, Ilsenburg an 20.43, Bad Harzburg an 21.10, Goslar an 21.42.

Neue Gäste im Affenhaus des Zoo!

Meerkatzen und Nachtaffen sind jetzt eingetroffen.

Die Schau seltener ausländischer Tiere im neuen Affenhaus unseres Zoologischen Gartens wurde um mehrere eigenartige Tiergestalten vermehrt.

Aus den westafrikanischen Urwäldern stammen die farbenprächtigen Meerkatzen, von denen jetzt einige der schönsten Arten gemeinsam ausgestellt sind, wie die Diadem-, Diana- und Blaumaulmeerkatze und andere mehr. Auch die einzige nächtlich lebende Art unter den echten Affen, ein südamerikanischer Nachtaffe, konnte jetzt erworben werden. Mit seinem wolligen Fell, den großen Eulenaugen und geisterhaften Bewegungen erinnert das Tierchen sehr an die überwiegend nächtlich lebenden Halbaffen.

Die hundeartigen Raubtiere sind im selben Hause jetzt auch durch die allerkleinste Art vertreten, den Wüstenfuchs oder Fennek, ein reizendes sandfarbiges Füchschen mit unglaublich großen Ohren.

In der Orang-Utan-Familie macht jetzt das Junge den Zuschauern den meisten Spaß. Es unternimmt auch ohne seine Mutter schon Ausflüge durch den Käfig und beweist dabei eine erstaunliche Kraft und Gewandtheit. Der Vater dieses Sprößlings ist noch sehr scheu. Damit er genügend Ruhe und Zeit zum Fressen findet, kann die Schau einstweilen auch nur immer von 9 bis 1 Uhr vormittags und von 2 bis 6 Uhr nachmittags gezeigt werden.

Der Krieg gegen die Mücken

Eine Erklärung des Landrates.

Zu unseren Ausführungen über den Krieg gegen die Mücken teilt der Landrat des Saalkreises mit: „Es wird in dem Artikel behauptet: „Rabeninsel und Heide dürfen als fremdes Gebiet nicht in den Kampf einbezogen werden." Tatsächlich ist im gesamten Saalkreis, zu dem Rabeninsel und Heide politisch gehören, der Sommermückenfeldzug bereits im Februar d. J. erfolgreich durchgeführt worden, nachdem im November 1927 der Wintermückenfeldzug stattgefunden hatte. Die Mückenbekämpfung gründet sich auf ministerielle Anordnungen und muß alljährlich durch die Ortspolizeibehörden und die unter Leitung des Kreismedizinalrates stehenden Gesundheitspfleger des Saalkreises erfolgen. Die völlige Beseitigung der Mückenplage wird sich zunächst noch nicht erreichen lassen, doch wird ein sich regelmäßig wiederholender und systematisch durchgeführter Kampf eine wesentliche Verringerung des Mückenbestandes herbeiführen."

*

Soweit die Erklärung des Landratsamtes. Hoffentlich haben die Rabeninsel-Mücken nun endlich ein Einsehen und desavouieren diesen siegesbewußten landrätlichen Heeresbericht nicht weiterhin wie bisher. Bisher nämlich stehen die Mücken dort als widerspenstige Untertanen einer hohen Regierung des Saalkreises die erholungssuchenden Hallenser lustig und mit Inbrunst weiter!

— **Autobusfahrten der „Oveg".** Die von der „Oveg-Omnibus-Ges. m. b. H." im vorigen Jahre aufgenommenen Autobusfahrten haben großen Anklang gefunden. Am nächsten Sonntag geht es nach Bad Kösen. Für manche Woche ist am Mittwoch eine Fahrt nach dem Petersberg und am Sonntag, dem 6. Mai, eine Fahrt nach dem Kyffhäuser geplant. Wie wir hören, beabsichtigt die „Oveg" in diesem Jahre auch Wochenendfahrten zu veranstalten. Die Harzfahrten werden bis zum Eintritt besseren Wetters noch zurückgestellt.

Wohin gehe ich heute?

Stadttheater: „Don Gil von den grünen Hosen" (8).
Walhalla-Theater: „Die letzte Warnung" (8).
Vaterländische Volksbühne: „Der Herr Senator" (8).
C. T. am Riebeckplatz: „Marxs großes Geheimnis" (4, 6.10, 8.15).
C. T. Gr. Ulrichstraße: „Mein Leben für das Deine" (4, 6.10, 8.15).
Ufa Alte Promenade: „Alraune" (4, 6.15, 8.20).
Ufa Leipziger Straße: „Die große Zirkusnummer" (4, 6.15, 8.20).
Schauburg: „Heut' tanzt Mariett" (4.30, 6.30, 8.30).
Moderne Theater: „Besuch aus Afghanistan" (8).
Rakete: Das fabelhafte Kabarett-Programm (8).
Kochs Künstlerspiele: Das glänzende April-Programm (8).
Haus Dietrich-Kasino: Die großstädtische Herse-Band

Kreditwürdig: 800 Mark — Kredit: 130000 Mark

Der eigenen Ueberzeugung schlug Berger ins Gesicht — Das Durcheinander der Buchführung

Im Stadtbankprozeß fuhr man gestern mit der Verhandlung des Falles „Gebr. Elsner" fort. Auch hier zeigt sich wieder die Bergersche Methode, unangenehme Konten durch ein wüstes Durcheinander in der Buchführung bewußt unübersichtlich zu machen, so unübersichtlich, daß das Gericht, nachdem es sich durch den Wust hindurchgearbeitet hat, gänzlich erschöpft gegen die Gewohnheit eine Pause eintreten lassen muß.

Die Vernehmung des Angeklagten Berger zum Fall Elsner ergibt folgendes Bild Berger hat tatsächlich selbst die Geschäftsverbindung mit Booch und Elsner angebahnt. Er stellte dann 50 000 Mark für den Büschdorfer Bau der Firma Elsner zur Verfügung. Als der Plan sich zerschlug, wollte dafür die Firma Booch bauen. Daß die Kreditbewilligung gegen die Satzungen war, sucht Berger damit zu entkräften, daß er wie üblich feststellt, die Satzungen seien nicht „zeitgemäß" gewesen. Bücher und Bilanzen hat Berger nicht eingesehen, da er seine Kunden ja „genau" kannte. Als Sicherungen nahm er Bürgschaften der Gesellschafter — ein gesellschaftlicher Unsinn, da Gesellschafter als solche automatisch bürgen — herein und später auch Hypotheken. In einer Auskunft an Dritte erklärte die Stadtbank,

Elsners seien für 800 Mark kreditwürdig.

Im krassen Gegensatz steht hierzu der von der Stadtbank selbst eingeräumte Kredit, der die Hunderttausend überstieg!

Im November 1923 erhielten Elsners das erste Geld, 2000 Mark. Schon im Dezember wurde der Kredit auf 6000 Mark erhöht, ohne Deckung. Die Gelder liefen auf zwei verschiedenen Konten, ein drittes Konto taucht zu Beginn des Jahres 1924 auf mit dem stattlichen Anfangsdebet von über 14 000 Mark. Also das alte Durcheinander! Im Februar sind es schon 26 000 Mark geworden, und im März beinahe 38 000 Mark. Im Mai hat sich die Summe verdoppelt auf annähernd 74 000 Mark, wie üblich, waren für die Schuldner Waren bezahlt und Schecks eingelöst worden. Im April war schon wieder ein neues Separatkonto für Franz Elsner mit einem Debet von über 9000 Mark errichtet worden. Ein Sinken der einzelnen Konten wurde vorübergehend durch Umbuchungen auf eins der anderen erreicht; tatsächliche Eingahlungen erfolgten nie. Allein auf den Namen Franz Elsner waren

4 verschiedene Konten

eingerichtet. Im November 1924 begann dann das alte Spiel mit dem Abdecken der Konten durch Hereinnehmen von wertlosen Wechseln, die dann ewig prolongiert wurden. Es ist schwer, sich überhaupt durch dieses Gewirr von systemlosen Buchungen hindurchzufinden.

Das Konto „Elsner u. Co." begann z. B. mit einem Guthaben von 20 000 Mark, das dadurch erreicht wurde, daß eines der Separatkonten mit derselben Summe belastet worden war. Heute zerbrechen sich die Fachleute den Kopf, wo nun auf dem Separatkonto je 20 000 Mark ursprüngliches Guthaben gesteckt haben können. Kavalier Berger sucht hier die Schuld auf seinen Kassierer abzuschieben. Das rätselhafte Guthaben hatte sich dann schon im August 1925 in ein Debet von einigen tausend Mark verwandelt. Im Mai 1925 liquidierte man die Filiale in Westerstede, in die Elsners beinahe 90000 Mark Stadtbankgelder hineingeraut hatten. Dafür hatte aber jetzt auch Franz Elsner allein auf seinem Separatkonto 94000 Mark Debet!

Merkwürdig ist, daß auch diese Stadtbankschuldner wieder Herr Berger angepumpt hat. Wieder scheint hier ein Mißbrauch der Logenbrüderschaft vorzuliegen.

12 000 Mark gab Elsner seinem Freunde Berger,

aber nur unter der Bedingung, daß das Ganze ein Wechselgeschäft werde, d. h. nur dann, wenn die Stadtbank einen Wechsel von Elsner auf Booch akzeptiere. Und so geschah es! Berger behauptet nun, das hinge alles noch mit der Sache Kühnel zusammen; er hätte dort seine Beteiligung erhöhen müssen und dazu Geld gebraucht. Landgerichtsdirektor Dr. Krantz stellt fest, daß vor allem einmal durchaus kein Zwang dagewesen sei, Kühnel Geld zu geben, und daß weiter Kühnel von diesen 12 000 Mark tatsächlich nur 5000 Mark gesehen hat. Die größere Hälfte der Summe ist also in Bergers weite Tasche verschwunden.

180000 Mark Kredit hatten schließlich „Elsner u. Co." aus Berger herausgeholt, und Franz Elsner stand zu Neujahr 1925 bei der Stadtbank mit über 90 000 Mark im Debet. Die Novemberrevision drückte dann endlich darauf, daß brauchbare Hypothekensicherungen hereinkamen. So schloß man im Juni 1926 mit 67 000 Mark Verlust ab.

Die Verhandlung wird heute fortgesetzt.

Deutsche Zukunft im Osten

Universitätsprofessor Dr. Specht spricht im halleschen Ostmarkenverein

Am Mittwoch hielt die Ortsgruppe Halle des „Deutschen Ostmarkenvereins" im „Neumarktschützenhaus" einen Vortragsabend ab; Universitätsprofessor Dr. Specht sprach über das Thema: „Litauen, Kultur und Politik".

Einleitend gab der Vortragende einen kurzen Ueberblick über die alte ruhmreiche Geschichte Litauens, um dann auf die derzeitigen Verhältnisse des Landes näher einzugehen. Arm an Naturreichtum und wirtschaftlich nutzbaren Gebieten, ist Litauen zum reinen Agrarland geworden. Trotzdem der Staat alles tut, die Landwirtschaft durch Beihilfen und sonstige Unterstützungen zu heben und auszubauen, steht sie immer noch auf niedrigster Stufe. Häufige Mißernten bedingen eine ständige Einfuhr ausländischer Erzeugnisse, machen das Land somit vom Ausland abhängig. Ein weiterer Grund für den Tiefstand der Wirtschaft sind vor allem die überall darniederliegenden Kultur- und Wegeverhältnisse. Der Bauer ist einfach nicht in der Lage, seine Produkte restlos an den Mann zu bringen; er verzehrt sie daher größtenteils selbst. Nie kommt der litauische Bauer dazu, sich ein, wenn auch noch so bescheidenes Vermögen zu erwerben; infolgedessen vollzieht sich der ganze Handel des Landes auch heute noch auf dem Wege des Gütertausches. Kapitalkräftig allein sind ehemalige Auswanderer, die es in der Fremde zu Wohlstand und Glück gebracht haben und dann in die Heimat zurückkehrten.

Trotz ihrer schlechten wirtschaftlichen Lage zeichnen sich die Landesbewohner durch stete Hilfsbereitschaft, Gastfreundschaft und unbedingte Ehrlichkeit gegenüber dem Fremden aus, abgesehen von den Juden, die zu einem großen Prozentsatz das ganze Land bevölkern und hauptsächlich bedenkliche Geldgeschäfte betreiben. Neuerdings setzt sich der Staat immer mehr für die kulturelle Weiterentwicklung des Landes ein. So sind eine Anzahl landwirtschaftlicher Schulen, Fortbildungsschulen und ähnliche Anstalten mehr ins Leben gerufen. Der Unterricht in der polnischen Sprache, der bisher neben dem Russischen und Litauischen an erster Stelle stand, ist neuerdings überall verboten. Deutsch und Russisch dürfen weiterhin gelehrt werden, wie überhaupt das Deutschtum sich immer mehr durchsetzen beginnt.

Das polnische Reich dagegen sieht man schon heute als den lauernden Erben des Landes an, und wehrt sich darum mit allen Mitteln gegen das polnische Element und bekämpft es bei allen sich bietenden Gelegenheiten. Dieser Gegensatz zu Polen hat aber auch zu einem gewissen Gegensatz zu Lettland geführt und es bestehen auch hier fast unüberbrückbare Schwierigkeiten, die in erster Linie den oft fast unerträglichen Zollbestimmungen ihren Niederschlag finden. Litauen lehnt den Kommunismus auf das allerentschiedenste ab und droht die strengsten Strafmaßnahmen für irgendwelche bolschewistischen Umtriebe an. Trotzdem erblickt es in Rußland den großen Bundesgenossen gegen Polen. Mehr aber noch sieht man heute schon, trotz aller Hetzereien, in Deutschland den kommenden Freund, mit dessen Unterstützung in unausbleiblichen zukünftigen Kriegen man bestimmt rechnet.

Heute beträgt die Zahl der Deutschen in Litauen schätzungsweise 50000 Seelen, die wegen ihrer vorbildlichen Wirtschaft, mehr aber noch wegen ihrer deutschen Schulen überall geschätzt sind. Vor allem ist das ein Verdienst der deutschen Oberrealschule in Kowno, die sich die Heranbildung eines tüchtigen, leistungsfähigen deutschen Lehrernachwuchses angelegen sein läßt, um das Deutschtum zu stützen und immer weiter zu festigen. Ihm wesentlichen besitzen die Deutschen heute schon die Kulturautonomie im ganzen Lande; doch sollte überhaupt das gesamte deutsche Interesse sich mehr dem Osten zuwenden, wo allein Deutschland noch Landzuwachs und ein Wirtschaftsaufstieg in Aussicht steht.

Turnen, Spiel und Sport

Die 7. Rennkajak-Regatta in Halle

Die 7. Rennkajak-Regatta in Halle am 13. Mai scheint ein besonderes Ereignis zu werden. Wie wir erfahren, ist mit großer Beteiligung aus dem Reich zu rechnen. Die Städte Berlin, Frankfurt (Main), Dresden, Magdeburg haben schon Meldungen abgegeben und entsenden ihre besten Vertreter.

Die Wettkämpfe des Kyffhäusergaues

Für das Deutsche Turnfest.

Im Gebiete des Kyffhäusergaues nehmen 54 Wettkämpfer an den Wettkämpfen, die anläßlich des Deutschen Turnfestes in Köln stattfinden, teil. Auf die einzelnen Gauorte verteilt sich die Zahl wie folgt: Nordhausen 13, Sangerhausen 8, Klostermansfeld 6, Eisleben 5, Niederfachswerfen 4, Helbra 4, Sondershausen 4, Oberröblingen 2, Ebersleben 2, Bleicherode 2, Heringen 1, Amsdorf 1, Frankenhausen 1, Ellrich 1, Die Gerätewettkämpfer haben sich zu einer Vorprüfung am 17. Mai in Jena einzufinden, um ihre Befähigung zur Teilnahme an dem Kölner Wettkampf zu erbringen.

Gau-Ausschuß für die Deutschen Spiele Saalegau im D. M. B. D.

(Verbindliche Mitteilung Nr. 55.)

1. **Am Sonntag, den 29. April 1928,** werden folgende Spiele angesetzt: 10.30 Uhr Wacker I—Pol.-Mk. I (neutral); 10.30 Für Preußen-Merseburg—Post-Halle (Grahmann). Das Spiel Wacker—Polizei-Merseburg findet in Ammendorf statt. Amd. 1910 hat für ordnungsmäßigen Aufbau Sorge zu tragen, sowie Gestellung von Linienrichtern und Kassierern. Das Spiel Post—Preußen-Merseburg findet auf dem V. f. L.-Platz in Merseburg statt. V. f. L.-Merseburg sorgt für Gestellung der Linienrichter, Kassierer und Ordner. Jeder der beteiligten Vereine hat einen Ball zu stellen.
2. **Wir weisen nochmals auf den Meldeschluß für Faustball und Schlagball hin.**
3. **Die restlichen Verbandsspiele** der Damenklassen werden für die nächsten Sonntage angesetzt. Veröffentlichung erfolgt noch. Am 29. April 1928 findet statt: 14 Uhr Preußen-Mr. Damen—Laucha. Damen (Hahn, Wacker).

Oswald. Fallgraf.

Saalegau

(Verbindliche Mitteilung Nr. 63.)

1. **Terminliste am Sonntag, den 29. April 1928:** Nr. 594 Mef. 14.30 Eintracht—99 (Wolf, Ma.); Nr. 595 B. f. L.-M.—Wacker Mef. (Zacharias, 99); Nr. 599 99 III—Germania 1. Runde (Sportfr.); Nr. 600 1b 16.00 Halle 1910—Olympia (Schwarz Wa.); Nr. 601 2b 14.30 Halle 1910 II—Olympia II (Paff.); Nr. 602 A. H. 14.30 Borussia—Sportfreunde (Zippel); Nr. 603 2b 14.30 Sportbrüder II—Reilsdorf II (Fad.).
2. **Entscheidungsspiele am 29. April 1928:** Nr. B um die Meisterschaft der 2. Klasse Gruppe I, 16 Uhr Leitin I (2b)—Rössen I (2b), Platz: Sportfreunde-Halle. Schiedsrichter: neutral.
   Nr. C um die Meisterschaft der 3. Klasse, Gruppe I, 16 Uhr Amsdorf I (3a)—B. S. B.-Halle I (3b), Platz: S. B.-Giebichenstein. Schiedsrichter: Boer (Gleb.).
   Nr. D um die Meisterschaft der 3. Klasse, Gruppe II: 14 Uhr B. f. L.-M. 4 (3a)—Rietleben (3c), Platz: Sportfreunde-Halle, Schiedsr. Elze (Sportfreunde).
   Nr. F um die Meisterschaft der 4. Klasse, Gruppe II 14 Uhr Eisdorf II (4a)—Rothenburg 2 (4b), Platz: S. B.-Giebichenstein, Schiedsr.: Rosch (Favorit).
   Die Bestimmungen in den Verbands-Mitteilungen Nr. 60 vom 10. April treffen auf diese Spiele zu.

Busch. Großmann.

Athletikausschuß.

Gemäß Bekanntmachung des B. A. A.-Leipzig in M. S. Z. Nr. 17 vom 24. April 1928 werden die Großhaffelläufe in diesem Jahre am 16. September durchgeführt. Die für diesen Tag vorgesehene Durchführung der Deutschen und Mitteldeutschen Vereinsmeisterschaft wird auf den 9. September vorgelegt.

Durch diese Terminänderung ermöglicht sich eine Verlegung der vorgesehenen Trainingswettkämpfe auf Donnerstag, den 17. Juni, und Sonntag, den 20. Juni. Genauere Bekanntmachung erfolgt noch.

Hoffmann.

Druck und Verlag von Otto Thiele.
Redaktionelle Leitung: Harry Erwin Weinschenk.
Verantwortlich für Politik: Otto Friederici; für Lokales, Feuilleton und Unterhaltung: Harry Erwin Weinschenk; für Volkswirtschaft: Dr. oec. publ. Leonhard Fritsching; für Sport und den allgemeinen Teil: Gustav A. Doehlig; für den Provinzteil: Dr. phil. Rudolf Schroth. Für den Anzeigenteil: Paul Kersten; sämtlich in Halle — Druckhaus der Schriftleitung: Hauptschriftleitung 12—1 Uhr, übrige Schriftleitung 11—12 Uhr — Berliner Schriftleitung: Berlin SW. 61, Blücherstraße 12. Leitung: Alfred W. Kames.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192804271-12/fragment/page=0003

Landwirtschaft – Handel – Industrie

Der Wirtschaftsverband Mitteldeutschland e. V.

Seine Stellung zur deutschen Wirtschaftspolitik

In seinem Bericht über die im Jahre 1927 geleistete Arbeit nimmt der Verband Stellung zur heutigen deutschen Wirtschaftspolitik. Die Aeußerungen gewinnen dadurch eine besondere Bedeutung, daß in dem Verband maßgebende Persönlichkeiten der Unternehmerschaft aller Erwerbszweige zusammengeschlossen sind. Die vom Verband geübte Kritik erscheint uns gerade deswegen besonders wertvoll, weil sie sich nicht in ausgetretenen Geleisen bewegt, sondern eine ganz eigene Note besitzt. Mag man mit einigen Punkten einverstanden sein oder nicht: wer seine Meinung sachlich und ungeschminkt sagt, seine Forderungen klar stellt, erwirbt damit das Recht, mit Achtung gehört und im Rahmen des Ganzen berücksichtigt zu werden. — Wir haben hier die wichtigsten Punkte des Berichtes zusammengefaßt. Die Schriftl.

I. Allgemeines.

Nachdem das Jahr 1926 noch zum größten Teil unter dem Druck der Wirtschaftskrisis gestanden hatte, machte sich gegen Ende eine Besserung bemerkbar, die sich im Jahre 1927 steigerte und noch jetzt anhält. Wenn trotzdem von einer wirklichen Gesundung der deutschen Wirtschaft im Jahre 1927 nicht gesprochen werden kann, so beruht das auf der verkehrten Wirtschaftspolitik, die seit der Staatsumwälzung in Deutschland getrieben wird. Durch Krieg und Inflation hat die deutsche Wirtschaft ihr Betriebskapital verloren; der Mittelstand, der erhebliche Mittel besaß, ist verarmt. Die Betriebsanlagen waren veraltet. Dazu haben sich die anderen Staaten mit hohen Zollmauern umgeben. Deutschland kann nur dann wieder gesunden, wenn Landwirtschaft, Industrie und Handwerk wieder mit Gewinn arbeiten können. Dazu bedarf es auf der einen Seite einer Kräftigung des inneren Marktes, auf der anderen Seite der Wiedereinfügung der deutschen Wirtschaft in die Weltwirtschaft. Aeußerste Sparsamkeit in der öffentlichen Verwaltung; Wiederherstellung der Rentabilität in Industrie, Landwirtschaft und Handwerk und damit beschleunigte Neubildung von Eigenkapital ist das Gebot der Stunde. Theoretisch ist das auch von Regierungen und Parlamenten anerkannt, in der Praxis ist aber meistens aus parteipolitischen Gründen entgegengesetzt gehandelt.

Die öffentliche Hand hat ihre Ausgaben ungebührlich aufgebläht und dadurch einen Steuerdruck herbeigeführt, der auf die Dauer um so unerträglicher ist, als manche Steuern, insbesondere die Realsteuern häufig aus der Substanz und nicht aus dem Ertrage gezahlt werden müssen.

Dazu treten soziale Lasten in einer Höhe, die im umgekehrten Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft stehen und im Kohlenbergbau über 25 Prozent des Lohnes betragen, so daß auch in Arbeitnehmerkreisen bereits Bedenken dagegen laut geworden sind.

Endlich ist die amtliche Lohnpolitik des Reichsarbeitsministeriums hier zu erwähnen. Während der Reichswirtschaftsminister mit Recht den Standpunkt vertritt, daß keine Erhöhung der Lebenshaltungskosten, die in Deutschland gegenüber der Vorkriegszeit erheblich mehr gestiegen sind, als in anderen europäischen Ländern, mehr eintreten dürfe, hat das Reichsarbeitsministerium durch Schiedssprüche und deren Verbindlichkeitserklärung (Mitteldeutscher Braunkohlenarbeiterstreik und Anfang 1928 Metallarbeiterstreik usw.) das Lohnniveau und damit die Erzeugungskosten immer mehr erhöht, obwohl der Reichsarbeitsminister mehrfach anerkannt hat, daß die Löhne vielfach der Steigerung der Lebenshaltungskosten vorausgeeilt wären. So sind alle Vorteile, die durch die Rationalisierung in der Industrie gemacht waren und die zu einer Senkung der Preise und damit zur Hebung der inneren Kaufkraft und Steigerung der Ausfuhr hätten benutzt werden müssen, durch Lohnerhöhungen aufgehoben.

II. Verwaltungsreform.

Die Frage der Verwaltungs- und Verfassungsreform hat in der öffentlichen Erörterung des letzten Jahres einen breiten Raum eingenommen. Der Wirtschaftsverband Mitteldeutschlands hat geglaubt, auf diesem wichtigen Gebiete um so mehr mitarbeiten zu müssen, als gerade die Zerrissenheit des mitteldeutschen Wirtschaftsgebietes durch die Landesgrenzen Grenzbeziehungen und die Vereinheitlichung des Rechtes in den zu Mitteldeutschland gehörigen Ländern besonders notwendig erscheinen läßt. Es ist nicht die Absicht des Wirtschaftsverbandes, für einen der zahlreichen Vorschläge, die über die Verwaltungs- und Verfassungsreform vorliegen und die vielfach mit Schlagworten arbeiten, einzutreten, sondern allgemeine Anregungen zu geben, wie unter Berücksichtigung der besonders komplizierten mitteldeutschen Verhältnisse eine Besserung erzielt werden kann. Insbesondere hat es dem Wirtschaftsverbande ferngelegen, irgendeine Stelle für Verhältnisse verantwortlich zu machen, die auf der historischen Entwicklung beruhen und die daher auch nur schrittweise beseitigt werden können.

III. Finanzwesen.

Sehr eingehend hat sich der Wirtschaftsverband insbesondere im Steuerausschuß mit den Gesetzentwürfen über die Steuervereinheitlichung (Reichsrahmengesetze) befaßt und eine Reihe von Abänderungsvorschlägen gemacht, die z. T. auch bei den bisherigen Beratungen Berücksichtigung gefunden haben.

Nachdrücklich hat sich der Wirtschaftsverband gegen die Senkung der Steuer vom Lohnertrag ausgesprochen, die nur zu einer Erhöhung der Realsteuern führt, ohne bei den Arbeitnehmern Zufriedenheit auszulösen. Leider sind unsere Bestrebungen in dieser Frage ohne Erfolg geblieben.

Wir haben auch im abgelaufenen Jahre weiteres Material über die Realsteuerzuschläge der Gemeinden in Mitteldeutschland gesammelt, um dadurch Vergleichsmöglichkeiten zu gewinnen. Leider stellen sich diesen Materialsammlungen erhebliche Schwierigkeiten entgegen. Die Gemeinden geben nur ungern ihr Material heraus. Es gibt aber erfreulicherweise auch noch vereinzelte Städte und Gemeinden, die die genehmigten Zuschläge nicht in voller Höhe erhoben haben. Wir haben immer wieder gegen die Ueberlastung der Steuerpflichtigen mit Realsteuern Stellung genommen und sind nachdrücklich für das Anhörungsrecht der amtlichen Berufsvertretungen eingetreten.

IV. Sozialpolitik.

Hier hat vor allem das Schlichtungswesen, insbesondere die Haltung des Reichsarbeitsministeriums, zu den schwersten Bedenken Anlaß gegeben. Die Dinge haben sich so entwickelt, daß ohne Rücksicht auf die Wirtschaft in ihrer Gesamtlage oder auch nur des einzelnen Wirtschaftszweiges jeder neuen Forderung der Gewerkschaften in bezug auf Lohnerhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit im Wege des sog. Kompromisses jedenfalls zum Teil nachgegeben ist. Das bedeutet, daß die Gewerkschaften, ohne daß in den allgemeinen Lebenshaltungskosten eine Steigerung eingetreten ist, nur möglichst hohe neue Forderungen zu erheben brauchen, um diese zwar nicht ganz, aber doch zum Teil im Schlichtungsverfahren durchzusetzen. Daß dadurch der Wiederaufbau der Wirtschaft nicht gefördert wird, bedarf keiner Erwägung. Wenn das Reichsarbeitsministerium es als großen Erfolg bucht, daß durch seine Haltung schwere, langandauernde Arbeitskämpfe mit ihren zweifellos großen volkswirtschaftlichen Nachteilen vermieden wären, so darf das nicht darüber hinwegtäuschen, daß auf die Dauer die steigende Belastung der Wirtschaft durch häufige derartige zwangsweise „friedliche" Lohnerhöhungen usw. sich schädlicher auswirken kann, als ein größerer durchgefochtener Lohnkampf. Wir haben uns daher mehrfach gegen diese Art des Schlichtungsverfahrens und der Verbindlichkeitserklärungen von Schiedssprüchen gewandt.

V. Wohnungswesen.

Das Baugewerbe ist ein Schlüsselgewerbe mit einem Jahresumsatz, der 1912 rund 6,6 Milliarden Mark betrug, von denen rund 2,6 Milliarden auf den Wohnungsbau entfielen. Leider herrscht bei den Regierungen das Bestreben, nicht den privaten Bauunternehmern, sondern in erster Linie die öffentlichen Wohnungsfürsorgegesellschaften aus öffentlichen Mitteln zu unterstützen und zu bevorzugen, obwohl sich wiederholt gezeigt hat, daß diese die ihnen zugeführten Mittel nicht immer gut verwalten und daß sie zum mindesten nicht preiswerter arbeiten als der Privatunternehmer. Der Wirtschaftsverband hat sich daher wiederholt gegen diese Bevorzugung der öffentlichen Wohnungsfürsorgegesellschaften gewandt.

Sein besonderes Interesse hat der Wirtschaftsverband aber der Frage der Freimachung der Werkwohnungen von Betriebsfremden zugewendet. Wir haben dabei immer wieder auf zwei Punkte hingewiesen, die besonders wichtig sind, nämlich

1. darauf, daß es sich für größere Unternehmen empfiehlt, notdürftige Obdachräume zu schaffen, die der Polizei im Notfall zur Unterbringung der zur Räumung der Werkwohnung verurteilten Wohnungsinhaber zur Verfügung gestellt werden;
2. die Polizeibehörde für den Schaden verantwortlich zu machen, der dem Unternehmer durch die Beschlagnahme der Werkwohnung entsteht. Die entsprechenden Bestimmungen haben wir in unseren „Wirtschaftspolitischen Nachrichten" bekanntgegeben.

VI. Verkehrswesen.

Der Wirtschaftsverband hat sich in mehrfachen Eingaben gegen die zuerst beabsichtigte Erhöhung der Postgebühren gewandt, die z. T. mehrere hundert Prozent vorsah und wenigstens in dieser Höhe nicht durchgeführt worden ist. Andererseits sind wir für die Einführung von Binnenumschlagstarifen für die Saale und mittlere Elbe eingetreten. Seit langem ist die Einführung dieser Tarife mit gewissen Beschränkungen bezgl. der Braunkohle eine Forderung der mitteldeutschen Wirtschaft. Leider verhält sich die Reichsbahn diesen Wünschen gegenüber durchaus ablehnend. Auch hier sehen wir wieder die traurigen Folgen der Reparationslasten, für die die Reichsbahn jährlich 950 Millionen RM. aufbringen muß, so daß sie sich gegen alle Tarifsenkungen, die im Interesse der Wirtschaft dringend erforderlich sind, ablehnend verhält.

VII. Privatwirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Hand.

Die privatwirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Hand hat trotz aller Proteste der Wirtschaft immer weiter um sich gegriffen. Vor allem sind es die Gemeinden, aber z. T. auch die Länder, die sich in steigendem Maße auf diesem Gebiete betätigen. Es sei z. B. an die Preußische Notverordnung erinnert, die die Bodenschätze an Kohle, Petroleum pp. in der Provinz Brandenburg den Grundeigentümern entzieht und dem Staate das Ausbeutungsrecht überträgt. Bei den Gemeinden sind es vor allem die Verkaufsstellen und Installationsgeschäfte der städtischen Gas- und Elektrizitätswerke, die den Einzelhandel und das Handwerk auf das schwerste schädigen. Wir haben uns insbesondere nachdrücklich gegen diese ungesunde privatwirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Hand gewendet und sind dafür eingetreten, daß hier im Wege der Gesetzgebung Abhilfe geschaffen wird. In Bayern ist das bekanntlich durch die neue Gemeindeordnung und die neue Kreisordnung vom 17. Oktober 1927 geschehen, in Preußen liegt ein diesbezüglicher Gesetzentwurf dem Landtage vor.

Mansfeld-Bergbau A.-G.

Gestern fand in Leipzig die Generalversammlung der Gesellschaft unter Vorsitz des Generalkonsuls Dr. Schoen statt. Vertreten waren 26 Millionen Mark Stammkapital. Der Abschluß sowie die Dividende von 7 Prozent (wie i. V.) wurde einstimmig genehmigt.

In Ergänzung des von uns bereits veröffentlichten Geschäftsberichtes machte Generaldirektor Dr. Heinold folgende Ausführungen: Das Geschäftsjahr stand unter dem Zeichen angespannter Rationalisierung. Die am Ende des Berichtsjahres eröffnete Wälzanlage zur Gewinnung von Zinkoxyd und Bleiofenschlacke hat mit Erfolg gearbeitet, ebenso die neue Erzaufgabe von Zinkkitriol aus zinkhaltigem Bessemer-Flugstaub. Fortdauernd befriedigend ist die Beschäftigung im Kupfer- und Messingwerk, sowie in den Betrieben der Hallischen Pfännerschaft. — Für die weiteren Aussichten ist die Entwicklung der Metallpreise ausschlaggebend. Der Kupferpreis ist seit Jahresbeginn unverändert geblieben. Eine gewisse Erleichterung kann der zu erwartende Zusammenschluß der Zink- und Kupfer-Produzenten bringen. — Zurzeit sind Verhandlungen über beträchtliche Lohnforderungen im Gange. Sollte es gelingen, unter Vermeidung einer Beunruhigung der Arbeiterschaft, zu einer tragbaren Vereinbarung zu kommen, so hofft die Verwaltung auch für dieses Jahr auf ein günstiges Ergebnis.

Ein Börsenmanöver?

Vor einer Woche ging durch die Presse eine Mitteilung über Erschließung von Erzvorkommen im Erzgebirge. Uns kam die Meldung recht unwahrscheinlich vor. Deshalb hielten wir sie bis zur Bestätigung zurück. Die Nachricht bezog sich auf die kürzlich erfolgte Erhöhung des Kapitals um 9,95 Millionen Mark der erst im vorigen Jahre gegründeten „Deutschen Erzgewinnungs-A.-G.", Berlin. Diese Gesellschaft, so wurde berichtet, plane die Wiederaufnahme des Erzbergbaues im Erzgebirge. Auf einer Fläche von 100 Quadratkilometern sei durch Untersuchungen ein zum Teil dicht unter Tage liegendes Vorkommen von etwa 7 Millionen Tonnen Magneteisenerz und Zinkblende festgestellt worden. Die Gesellschaft gehe schon in der nächsten Zeit an die Ausbeute mit modernen Mitteln und an die Verhüttung mittels Elektroöfen, für die der Strom durch die Großkraftwerke Böhlen geliefert werden solle. Die Rentabilität sei gewährleistet.

Dazu wird uns aus unterrichteten sächsischen Bergbaukreisen mitgeteilt, daß es sich nur um ganz geringe Erzvorkommen handle. Eine rentable Ausbeute sei vielleicht bei den hochwertigen Lagern von Zinn-, Silber- und Wismuterzen möglich, nicht aber bei den Eisenerzen, da das elektrothermische Schmelzverfahren noch nicht weit genug entwickelt und überdies der elektrische Strom von den Großkraftwerken Böhlen — 3 Pf. pro Kilowattstunde — viel zu teuer sei, während andererseits die Preise für Eisenerz sehr tief stünden. Eine Verwertung so großer Kapitalien, wie sie die genannte Gesellschaft soeben aufgenommen habe, sei für diesen Zweck ganz ausgeschlossen.

Wir sind für sachdienliche nähere Mitteilungen dankbar und werden auch selbst versuchen, zu ermitteln, ob die erste Meldung nur einem kindlichen Optimismus entsprungt, oder ein Börsenmanöver darstellt, also einem betrügerischen Täuschungsversuch.
Dr. Fr.

Die Verdrängung des Fahrrades

Eine an und für sich unscheinbare Meldung ist soeben in einigen Handelsfachblättern erschienen. Sie besagt, daß das Dürkopp-Werk A.-G., Bielefeld, in seiner Abteilung für Fahrradfabrikation 600 Arbeiter wegen Mangel an Beschäftigung entlassen hat und daß auch andere Fahrradwerke ihren Betrieb wesentlich einschränken mußten.

Dieser Vorgang wird wohl meistens nur als eine Folge zufälliger Konjunkturschwankungen angesehen worden sein. Und doch dürfte ihm eine sehr bedeutungsvolle Wendung in unserem Verkehrswesen zugrunde liegen. Es ist in Deutschland noch wenig bekannt, daß in Nordamerika in den größeren Städten das Fahrrad vollständig verschwunden ist. Das Automobil hat ihm den Garaus gemacht. Aber nicht etwa dadurch, daß es das Fahrrad ersetzt hat. Sondern die Ursache ist die durch das Automobil hervorgerufene Verkehrsregelung. Sie erfordert, daß an gewissen Straßenkreuzungen alle in einer Richtung sich bewegenden Fahrzeuge eine gewisse Zeit lang warten müssen. Dazu muß aber der Radfahrer absteigen. Bei Freigabe der Fahrbahn vermag er nicht so schnell, wie das Auto, wieder die volle Geschwindigkeit aufzunehmen, wodurch er den übrigen Verkehr stört und sich selbst der Gefahr des Zusammenstoßes mit anderen Fahrzeugen aussetzt. Aber auch auf freier Strecke kann er sich nicht dem allgemeinen Fahrtempo anpassen und macht sich das Fahren zur Qual.

Die systematische Verkehrsregelung nimmt auch bei uns zu. Bald werden auch wir, wie schon längst in Amerika, an den meisten Kreuzungen der Städte, selbst kleinerer, die Regelung durch Lichtsignale bekommen, ja selbst an den Kreuzungen belebter Landstraßen. Damit wird auch auf dem Lande das Radfahren schwieriger und unangenehmer. Gewiß haben wir die speziellen Radfahrwege mehr ausgebaut, als in Amerika, aber doch nicht so, daß sie durchgehenden Verkehr auf längere Strecken gestatten.

Wir können also mit Sicherheit erwarten, daß die Benutzung des Fahrrades allmählich abnehmen wird. Später wird ihm auch das Motorrad folgen, das zum Teil mit den gleichen Schwierigkeiten zu rechnen hat. In Amerika sind auch die Motorräder stark im Zurückgehen begriffen, in Großstädten benützen nur noch die Polizeibeamten äußerst starke Motorräder, mit denen sie sich durch die haltenden Autokolonnen winden und auch auf schmalen Wegen den Autos vorfahren können.

Es wird gut sein, wenn sich Industrie und Handel rechtzeitig auf diese Wendung einstellen, um sich vor Verlusten und Enttäuschungen zu bewahren.
Dr. Fr.

Verbotene Anleihen. Die Industrie- und Handelskammer Halle teilt uns mit: Ausländische Prämien-Anleihen werden neuerdings wieder von Vertretern ausländischer Banken in hiesiger Gegend vertrieben. Es sei daher darauf aufmerksam gemacht, daß die Begebung solcher Effekten durch Reichsgesetz vom 8. Juni 1871 (RGBl. S. 210) im Deutschen Reich bei Strafe von einem Fünftel des Nennwerts verboten ist.

Reichsforschungsgesellschaft für Wirtschaftlichkeit im Bau- und Wohnungswesen e. V. Die Gesellschaft, die vom Reich mit einem Kapital von 10 Mill. Rm. ausgestattet ist, hielt am Dienstag ihre erste Mitgliederversammlung ab. Der Vorsitzende des Verwaltungsrates, Baurat Dr. Riepert, wies darauf hin, daß die Bauwirtschaft, die zu stärkerer Individualisierung neige, im Vergleich zu anderen Industrien noch nicht so erfolgreich rationalisiert sei. Oberregierungsrat a. D. Dr. Weber und Regierungs- und Baurat Dr. Rübbert führten ferner aus, daß die Arbeit der Gesellschaft darin bestehe, praktische Bauversuche zu unternehmen und Forschungen an vorhandenen Bauten anzustellen. Sie sei bestrebt, die geeignetsten Grundrisse für verschiedene Bauten festzustellen. Prof. Wolff, Breslau, betonte die Notwendigkeit einer straffen Typisierung mit Serienherstellung, wodurch 17 Prozent der gesamten Baukosten erspart werden könnten.

Frankfurter Abendbörse

Frankfurt, 26. April. Die Stimmung an der Abendbörse war durch die lebhafte Nachfrage nach Spezialwerten wieder angeregt und fester. Der glatte Verlauf der heutigen Liquidation befriedigte. Die vorliegenden Auslandsäufe und Deckungen der Spekulation konnten bei Spezialwerten das Kursniveau um 2 bis 6 Prozent erhöhen. J. G. Farben, Karstadt und die meisten Elektrowerte waren besonders verlangt. Zellstoff Aschaffenburg zogen bei lebhafter Nachfrage auf die Dividendenerhöhung hin 7½ Prozent an. Von Auslandswerten waren Serben, Mexikaner und Türken besonders verlangt und fester. Vor allem waren Anatolier erhöht, da man mit der Wiederaufnahme der Ankaufsverhandlungen rechnet. Im Freiverkehr waren amerikanische Kunstseidewerte auf Glattstellungen abgeschwächt. Die Tendenz blieb im Verlaufe fest. Die Kurse konnten verschiedentlich noch weiter anziehen.

Dividenden

Anhalt-Dessauische Landesbank	8		
Horchwerke A.-G., Zwickau	8	(0)	
Ilse Bergbau A.-G. Niederlausitz	8	(8)	
Cont.-Caoutchouc- u. Gutap. Co., Hannover	6	(0)	Vorschlag
„Gesfürel", Ges. f. elektr. Untern., Berlin	10	(10)	„
Hannoversche Industrie-A.-G. (alte A.)	6	(0)	„
(neue A.)	3	(0)	„
Möneberger Gewerkschaft, Kassel	4	(0)	„
Hermann Stärker A.-G., Chemnitz	7	(5)	„
Wezel & Naumann A.-G., Leipzig	9	(8	„

Börsen- und Kursberichte im Abendblatt

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192804271-12/fragment/page=0004